



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession des Nationalrates:

Die 51. Legislatur endet mit grossen Herausforderungen

Thürnen, 30. September 2023

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Mit der Herbstsession ging für mich die dritte Legislaturperiode zu Ende, die nationalen Wahlen stehen bevor. Allerdings ist es eine ungewöhnliche Session, die vor allem auch deshalb beschäftigt, weil die Herausforderungen für die Schweiz noch selten so gross waren – Wahlen hin oder her haben wir 21 Geschäfte beschlossen. Es war auch eine bewegende Session, denn 37 Kolleginnen und Kollegen treten nicht mehr an, 29 Nationalrätinnen und Nationalräte sowie acht Ständerätinnen und Ständeräte. Das Know-How und die Erfahrung werden fehlen – der frische Wind wird aber auch gut tun.

Ich stelle mich erneut für eine Wahl, ich möchte meinen Beitrag leisten – angesichts der vielen offenen und schwierigen Themen, in die ich involviert bin – nicht zuletzt die PUK zur CS Rettung erachte ich als Pflicht, die ich gerne wahrnehmen möchte.

Nun aber zu den einzelnen Geschäften.



Glasfaseranschlüsse zeitnah in Betrieb nehmen ([23.3983](#))

Seit Ende 2020 blockiert die Wettbewerbskommission (Weko) den Ausbau des Glasfasernetzes der Swisscom. Rund 400'000 bereits gebaute Anschlüsse ohne Direktleitungen sind dadurch blockiert. Die Punkt-zu-Multi-Punkt-Anschlüsse der Swisscom würden den Wettbewerb behindern, so die Argumentation der Weko. Die Weko verlangt von Direktleitungen – sogenannte Punkt-zu-Punkt-Anschlüsse – für jeden Kunden, damit sie auch Angebote von Konkurrenten wählen können. Leidtragende der schleppenden Entwicklung sind schweizweit nicht nur Privathaushalte, sondern auch KMU, die dringend auf ein leistungsfähiges Glasfasernetz angewiesen wären. In Zusammenarbeit mit Saskia Schenker – die ebenfalls im Landrat diesbezüglich aktiv wurde - mache ich Druck, damit sich der Bundesrat als Mehrheitsaktionär der Swisscom dafür einsetzt, dass bereits gebaute Glasfaseranschlüsse zeitnah in Betrieb genommen werden können.

Regulierungskosten reduzieren – KMU entlasten ([22.082](#), [22.083](#))

Insbesondere KMU leiden unter dem stetig wachsenden Aufwand im Umgang mit den Behörden. Durch Auflagen von Gesetzen und Verordnungen werden Unternehmen in ihrer Produktivität und Innovationskraft behindert. Insgesamt verliert der Wirtschaftsstandort Schweiz damit an Attraktivität. Das Parlament will deshalb in Zukunft über Kosten und Nutzen von Gesetzen Bescheid wissen. Mit dem Unternehmens-Entlastungs-Gesetz UEG wollen National- und Ständerat den administrativen Aufwand für die KMU in den Griff bekommen.

Beim Ausarbeiten von Gesetzen muss die Bundesverwaltung inskünftig die einmaligen und wiederkehrenden Kosten schätzen, die den Unternehmen durch die neuen Vorschriften entstehen. Die Kosten sind dem Nutzen des neuen Erlasses gegenüberzustellen. Auch das Potenzial an Vereinfachungen ist aufzuzeigen. Als weitere Vereinfachung soll die Online-Plattform «Easygov» als einziger Account für Behördenleistungen zur Verfügung stehen. Dies muss sich unweigerlich auch auf die Gebühren auswirken – im positiven Sinne für die Nutzer notabene. Als drittes Element sollen Gesetze auf Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland überprüft werden. Denn oft führt der sogenannte «Swiss Finish» zu überhöhten Preisen.

Keine Chance hatte leider die von der FDP lancierte Regulierungsbremse, mit der wir uns vor allem eine präventive Wirkung erhofften. Die Verwaltung hätte bei der Ausarbeitung von Gesetzen konkret die administrativen und finanziellen Folgen für die Unternehmen aufzeigen müssen. Das Anliegen unterlag nur knapp mit 96 zu 89 Stimmen.

Keine höheren Abzüge bei der Direkten Bundessteuer ([22.053](#))

Vor vier Jahren überwies das Parlament eine Motion an den Bundesrat, die den Mittelstand bei den direkten Bundessteuern durch höhere Versicherungsabzüge um 400 Millionen Franken entlastet hätte. Auslöser war – wie schon oft – die Debatte um die stetig steigenden Krankenkassenprämien. Seit der Einführung im Jahr 1995/1996 hat der Bund diese Abzüge trotz stetig steigender Krankenkassenprämien nie angepasst, ausser an die kalte Progression.

Alleinstehende hätten neu 3000 statt 1700 Franken, Ehepaare 6000 statt 3500 Franken abziehen können. Die Finanzlage des Bundes hat sich seit der Annahme der Motion im Jahr 2019 verschlechtert. In der Folge trat der Nationalrat wie schon der Ständerat in der Wintersession 2022 nicht auf die Vorlage der Landesregierung ein. Schade, denn mit diesem Vorschlag hätten endlich auch jene profitiert, die den grössten Teil der Steuerlast tragen.

Lockerung des Zweitwohnungs-Gesetzes zugunsten der Bergregionen ([20.456](#), [22.4413](#))

Für die Tourismusgebiete ist das rigorose Zweitwohnungsverbot eine Hypothek. So finden Hotels kaum mehr Unterkünfte für ihr Personal. Aber auch das Verbot, ein altes Haus abzureissen und beim Wiederaufbau zu erweitern, belastet die Situation. In alte Häuser werde kaum mehr investiert, so der Tenor einer Parlamentarischen Initiative von Nationalratspräsident Martin Candinas. Es gehe darum, dass altrechtliche Wohnungen – also Wohnungen, die vor der Volksinitiative über die Beschränkung von Zweitwohnungen und damit vor 2012 bereits bestanden haben – ohne unverhältnismässige Beschränkungen abgebrochen und wiederaufgebaut werden können. Eigentümern, die ihren Wohnsitz zeitgemäss erneuern wollen, soll dies ermöglicht werden. Damit kann der Abwanderung aus ländlichen Gebieten entgegengewirkt werden. Ebenso kann die Verdichtung gefördert werden und es bieten sich zusätzliche Chancen für energieeffiziente Sanierungen. Die Vorlage wurde klar angenommen. Nun geht sie an den Ständerat.

Hotelbetriebe in den Bergregionen werden in der Regel saisonal geführt und müssen daher zweimal pro Jahr Personal rekrutieren. Entscheidender Standortfaktor ist dabei die Unterkunft für die Mitarbeitenden. Auch für dieses Problem zeigte die Grosse Kammer Verständnis und überwies auch die Motion von FDP-Ständerat Martin Schmid. Sie verlangt, dass Personalwohnungen inskünftig als Teil des Hotelbetriebes anerkannt werden.

10-jährige Verjährungsfrist für Baumängel? ([22.066](#))

Mängel beim Bau oder Kauf von Liegenschaften müssen heute sofort, also innert weniger Tage, gerügt werden. Dass dies unbefriedigend ist, war in der Debatte unbestritten. Die FDP unterstützte den Bundesrat, der eine Rügefrist von 60 Tagen vorschlug. Die Erweiterung der Verjährungsfrist von 5 auf 10 Jahre ist nicht angemessen und erhöht die Unsicherheiten bezüglich vorzunehmender Rückstellungen bei den Unternehmern in erheblicher Weise. Eine Verlängerung der Rügefrist ist ausgewogen und verbessert die Position der Bauherrschaft im Vergleich zur aktuellen Regelung im OR. Die Mehrheit wollte es jedoch anders. Für Mängel soll in Zukunft eine Verjährungsfrist von zehn Jahren nach dem Bau beziehungsweise dem Erwerb gelten. Nach so langer Zeit ist die Ursache der Mängel kaum mehr feststellbar. Unternehmer müssen deshalb mutmassliche Mängel schon in der Offerte einpreisen, um mögliche Risiken abzufedern – das sind keine guten Aussichten für Bauherren und Käufer von Liegenschaften. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Das letzte Wort ist hier also noch nicht gesprochen.

Gehen Sie wählen und helfen Sie mit andere zu mobilisieren!

In drei Wochen ist es so weit: Sie, geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wählen ein neues Parlament und dies in einer der anspruchsvollsten Perioden seit dem zweiten Weltkrieg. Ich setze mich ein, mit meiner Erfahrung und meinen Beziehungen über die Parteigrenzen hinweg. Ich bin motiviert, die Herausforderungen der 52. Legislatur anzupacken – für Sie und für uns alle. Ich freue mich über Ihre Unterstützung: **FDP. Die Liberalen Liste 1 und in den Ständerat unseren Kandidaten Sven Inäbnit.** Für Ihre Unterstützung im Schlusspurt des Wahlkampfs und Ihre Stimmen danke ich Ihnen von Herzen.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

Bankverbindung:

Basellandschaftliche Kantonalbank
IBAN CH57 0076 9012 4067 4200 1

